

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Paul Viktor Podolay, Detlev Spangenberg, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/30859 –

Berichte über sexuellen Missbrauch und Korruption in der Weltgesundheitsorganisation

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 29. September 2020 legte eine Investigativrecherche der Nachrichtenagenturen The New Humanitarian und Thomson Reuters eklatante Missstände in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) offen (<https://www.thenewhumanitarian.org/2020/09/29/exclusive-more-50-women-accuse-aid-workers-sex-abuse-congo-ebola-crisis>). Diese Meldung fand in den deutschen Medien kaum Beachtung (<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-10/sexueller-missbrauch-kongolesinnen-hilfsorganisation-metoo-5vor8>).

Mehr als 50 Frauen berichteten, von Mitarbeitern der WHO und anderer Hilfsorganisationen sexuell ausgebeutet und missbraucht worden zu sein. Diese wurden ursprünglich zur Behebung der Missstände in westafrikanische Ebola-Gebiete entsandt (<https://www.nzz.ch/international/who-neuer-skandal-ueber-sexuelle-ausbeutung-in-kongo-kinshasa-ld.1579239>).

Am 12. Mai 2021 erschien ein weiterer Bericht der Nachrichtenagenturen mit neuen Anschuldigungen von sexuellem Missbrauch durch WHO-Mitarbeiter und Mitarbeiter weiterer UN-Organisationen in derselben Region (<https://www.thenewhumanitarian.org/2021/05/12/exclusive-new-sex-abuse-claims-against-ebola-aid-workers-exposed-congo>, <https://mg.co.za/africa/2021-05-16-new-sex-abuse-claims-against-aid-workers-exposed-in-drc/>).

Vorfälle dieser Art sind jedoch nicht neu. In den letzten Jahren wurden immer wieder Berichte über sexuelle Ausbeutung und Missbrauch von Kindern und Frauen durch UN-Mitarbeiter, etwa in Haiti oder Zentralafrika publik (<https://www.welt.de/politik/ausland/article145229834/Kindersex-Skandal-gefaehrdet-UN-Friedensmission.html>). Die betroffenen Organisationen, unter ihnen auch die WHO, versprachen daraufhin „Nulltoleranz“ gegenüber solchen Übergriffen (<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/89210/WHO-startet-verpflichtendes-Training-um-sexueller-Belaestigung-vorzubeugen>).

Zudem wurden umfassende Ausbildungsprogramme zur Sensibilisierung des Personals und neue interne Meldesysteme angekündigt. Die Vorfälle in Kongo-Kinshasa zeigen jedoch, dass all dies nicht konsequent umgesetzt wurde (<https://www.nzz.ch/international/who-neuer-skandal-ueber-sexuelle-ausbeutung-in-kongo-kinshasa-ld.1579239>).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit vom 5. Juli 2021 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die WHO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Das höchste Entscheidungsorgan der WHO ist die Weltgesundheitsversammlung (WHA).

Am 24. Mai 2021 fand die 74. WHA statt. Deutschland bringt sich in Verwaltungsgremien der WHO ein und wurde im Jahr 2018 in den Exekutivrat der WHO gewählt und kann deshalb bis zum Jahr 2021 aktiv mitgestalten. Selbsternanntes Ziel der Bundesregierung ist es, die WHO in ihren Aufgaben zu unterstützen und zu stärken. Deshalb unterstützt sie Reformen zur Verbesserung ihrer Strukturen und ihrer Kernkompetenzen (<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/internationale-gesundheitspolitik/global/who.html>).

Deutschland ist einer der größten Geber unter den Mitgliedstaaten, sowohl was die Pflichtbeiträge als auch die freiwilligen Beiträge an die WHO angeht (<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/internationale-gesundheitspolitik/global/who.html>) und erhöht die freiwilligen Beitragszahlungen kontinuierlich. Zuletzt erhöhte Deutschland den Beitrag 2020 auf mehr als 500 Mio. Euro (<https://www.br.de/nachrichten/meldung/deutschland-erhoeht-beitrag-zur-finanzierung-der-who,3002e15d2>).

International melden sich vermehrt akademische wie auch politische Stimmen, die der WHO eine beabsichtigte Intransparenz vorwerfen und dies mit der Finanzierung in Zusammenhang bringen. Die Europäische Kommission erwägt einen Zahlungsstopp, falls die Missstände nicht transparent untersucht und aufgearbeitet werden (<https://www.euronews.com/2021/05/14/european-diplomats-concerned-by-who-sexual-abuse-reports-in-congo>). Die Weltbank pausierte bereits 2020 ihre Finanzierungsverhandlungen mit der WHO im Kongo, als der erste Bericht veröffentlicht wurde (<https://www.independent.co.uk/news/diplomats-donors-concerned-about-sex-abuse-reports-at-who-world-health-organization-ebola-congo-tedros-adhanom-ghebreyesus-british-b1847436.html>).

Auch die Bill und Melinda Gates Stiftung, größter Geldgeber der WHO, fordert die Vereinten Nationen dazu auf, die Vorfälle gründlich zu untersuchen, weil sie als Geldgeber sicherstellen möchte, dass Transparenz und Rechenschaft abgelegt werden (<https://www.newsweek.com/bill-melinda-gates-foundation-calls-un-investigate-reports-sex-abuse-who-1591552>).

Eine Recherche der Nachrichtenagentur Associated Press belegte mittels interner WHO-Dokumente und WHO-Chatverläufe, dass das obere WHO-Führungspersonal, welches auch Generaldirektor Tedros Ghebreyesus mutmaßlich nahestand, bereits 2019 von den Vorwürfen wusste. Generaldirektor Tedros Ghebreyesus wies jegliche Kenntnisse über die Anschuldigungen von sich (<https://apnews.com/article/united-nations-europe-ebola-virus-entertainment-coronavirus-pandemic-d14715ba3653753d7c1f122f8aea79de>).

Trotz internen Wissens über das Fehlverhalten des Personals wurden keine Sanktionen oder Untersuchungen eingeleitet, bis diese von den Nachrichtenagenturen publik gemacht wurden (<https://www.voanews.com/africa/internal-emails-reveal-who-knew-sex-abuse-claims-congo>).

Nach Kenntnis der Fragesteller kommentiert die Bundesregierung die Vorfälle bis heute nicht.

1. Welche Position bezieht die Bundesregierung zu diesen Vorwürfen und den eingangs erwähnten Berichten?

Die Bundesregierung setzt sich national wie international gegen alle Formen sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs, Belästigung, Missbrauch von Autorität und Korruption ein. Die Bundesregierung vertritt in all diesen Fällen eine „Nulltoleranz“-Haltung.

2. Welche Position bezieht die Bundesregierung zum Umgang der WHO mit den aktuellen Vorwürfen?

Die Bundesregierung nimmt die Vorwürfe sehr ernst und unterstützt eine umfassende und lückenlose Aufklärung. Die Bundesregierung fordert bei internationalen Organisationen effektive Strukturen und Mechanismen zur Vermeidung, Aufdeckung und Aufarbeitung von mutmaßlichem Fehlverhalten und Missbrauch.

3. Welche Konsequenzen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung, als einer der größten Geldgeber der WHO und Mitglied des Exekutivrates der WHO, aus diesen Vorfällen?

Die Bundesregierung setzt sich für eine lückenlose Aufklärung der Vorwürfe ein und fordert Präventionsmaßnahmen, um sexuellen Missbrauch gar nicht erst entstehen zu lassen. Gemeinsam mit einer Vielzahl von anderen Ländern hat die Bundesregierung nach dem ersten Bekanntwerden der Vorwürfe öffentlich unmittelbare Aufklärungsmaßnahmen durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eingefordert. Auch aufgrund dieser Einlassungen im Exekutivrat und anlässlich der fortgesetzten Weltgesundheitsversammlung im November 2020 hat die WHO eine unabhängige Kommission zur Aufklärung der Fälle eingesetzt und die Überarbeitung ihrer Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von sexuellem Missbrauch veranlasst.

4. Plant die Bundesregierung, als einer der größten Geldgeber und Fürsprecher der WHO, aufgrund der Vorwürfe etwas einzufordern, und wenn ja, wie?

Die Bundesregierung steht im engen Austausch mit der WHO zu den Vorfällen und wird gegenüber der WHO auch weiterhin ihre Nulltoleranz-Haltung zu sexuellem Missbrauch wie auch das Erfordernis der vollen Unterstützung der Arbeiten der unabhängigen Kommission zur Aufklärung der Vorwürfe zum Ausdruck bringen. Dabei stimmt sich die Bundesregierung eng mit ihren internationalen Partnern ab. Die Bundesregierung hat bei der 74. Weltgesundheitsversammlung gemeinsam mit anderen Ländern eingefordert, dass die unabhängige Kommission regelmäßig Fortschrittsberichte erstattet. Zudem fordert die Bundesregierung regelmäßige Berichte der WHO zu den Vorfällen ein. Die WHO ist dieser Forderung bisher immer nachgekommen.

5. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zur Aufklärung der benannten Vorfälle zusammengesetzt, wer ist Mitglied dieser Kommission, und wie werden die Mitglieder ausgewählt (<https://www.newsweek.com/bill-melinda-gates-foundation-calls-un-investigate-reports-sex-abuse-who-1591552>)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung benannte der WHO-Generaldirektor Dr. Tedros die beiden Co-Vorsitzenden der unabhängigen Kommission, Lusenje Julienne, eine kongolesische Menschenrechtsaktivistin, die sich insbesondere gegen sexuelle Gewalt einsetzt, und Aïchatou Mindaoudou, eine nigrische Juristin, Politikerin, ehemalige Außenministerin Nigers und von 2013 bis zum Mandatsende 2017 VN-Sonderbeauftragte bei der Mission der Vereinten Nationen in der Elfenbeinküste. Die beiden Vorsitzenden der Kommission bestimmen die Zusammensetzung der Kommission, die durch ein Sekretariat der WHO administrativ und logistisch unterstützt wird.

6. Wurde die eingangs beschriebene Thematik des systematischen sexuellen Fehlverhaltens von WHO-Mitarbeitern nach Kenntnis der Bundesregierung in der letzten Weltgesundheitsversammlung thematisiert?

Wenn ja, in welcher Form (Panel, Vortrag o. Ä.), und wenn nein, warum nicht?

Die Vorwürfe und die grundsätzlichen Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen der WHO waren Gegenstand im Exekutivrat und auf der Weltgesundheitsversammlung, siehe die öffentlich zugänglichen Dokumente WHA 74/36 und EB 148/4. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

7. Ist der Bundesregierung bekannt, ob die WHO auf den Vorhalt des immer wieder auftretenden und systematischen sexuellen Fehlverhaltens von WHO-Mitarbeitern in Entsendungsgebieten reagieren wird?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen, und wenn nein, warum nicht?

Die Maßnahmen, die die WHO in Reaktion auf die Vorwürfe und die Forderungen ihrer Mitgliedstaaten ergriffen hat, werden im öffentlich zugänglichen Dokument WHA74/36 beschrieben.

8. Plant die Bundesregierung, sich an möglichen Reformen in der WHO zur Reaktion auf den potentiellen systematischen sexuellen Missbrauch in Entsendungsgebieten durch WHO-Mitarbeiter zu beteiligen?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Die Bundesregierung beteiligt sich in enger Abstimmung mit internationalen Partnern an den relevanten Debatten und bringt sich zum Thema Prävention von sexuellem Missbrauch sowie Aufklärung möglicher Vorfälle intensiv sowohl in den Verwaltungsratssitzungen der WHO, in informellen Sitzungen wie in bilateralen Gesprächen mit WHO-Vertreterinnen und WHO-Vertretern ein.

9. Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welcher Form die WHO auf die benannten Vorwürfe in der Demokratischen Republik Kongo (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) reagiert hat?

Wenn nein, warum nicht, und plant die Bundesregierung, dies in Erfahrung zu bringen?

Der Bundesregierung sind die im öffentlich zugänglichen Dokument WHA74/36 beschriebenen Maßnahmen bekannt, insbesondere die Einsetzung der unabhängigen Kommission mit dem Mandat der Aufarbeitung der Vorwürfe im Rahmen der Ebola Response in der DR Kongo, die diesbezüglich verstärkte Zusammenarbeit mit dem VN-Koordinationsmechanismus für humanitäre Hilfseinsätze IASC („Inter-Agency Standing Commission“), sowie verstärkter Opferschutz gemeinsam mit UNICEF und UNFPA. Zudem implementiert die WHO-Programme und -Trainings zum Schutz vor sexueller Ausbeutung, Missbrauch und Belästigung und erstellt Risikoanalysen für Projekte im Rahmen des „Health Emergency Programme“.

10. Ist der Bundesregierung bekannt, ob beschuldigte Mitarbeiter der WHO entlassen oder anderweitig von der WHO sanktioniert wurden (bitte ausführen)?

Die Untersuchungen zu den Vorwürfen dauern an. Der diesbezügliche Bericht der unabhängigen Kommission wird für Ende August 2021 erwartet.

11. Ist der Bundesregierung bekannt, ob die beschuldigten Mitarbeiter der WHO strafrechtlich verfolgt wurden und ob die WHO mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden kooperiert (wenn ja, bitte ausführen)?

Wenn nein, plant die Bundesregierung, dies in Erfahrung zu bringen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

12. Lagen der Bundesregierung Kenntnisse über die im Bericht dokumentierten Vorfälle systematischen sexuellen Missbrauchs in der Demokratischen Republik Kongo vor, bevor diese publik wurden (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Wenn ja, seit wann und in welchem Ausmaß und auf welchem Wege wurde die Bundesregierung über die besagten Vorfälle informiert?

Nein.

13. Liegen der Bundesregierung Kenntnisse über weitere Vorfälle oder Anschuldigungen sexuellen Missbrauchs durch WHO-Mitarbeiter vor?

Wenn ja, welcher Art sind diese Informationen (Ort, Zeitraum, Staatsangehörigkeit der Täter, Position innerhalb der WHO, Reaktion der WHO)?

Nein.

14. Fordert die Bundesregierung die Aufarbeitung und Untersuchung dieser Anschuldigungen?

Wenn nein, warum nicht?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

15. Ist der Bundesregierung bekannt, ob und wie die WHO dem systematischen sexuellen Missbrauch und sexuellen Fehlverhalten in Entsendungsgebieten durch eigene Mitarbeiter vorbeugt, den Missbrauch und das Fehlverhalten verhindert und untersucht?

Wenn ja, hält die Bundesregierung diese Maßnahmen für ausreichend, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat Kenntnis über die umfangreichen Maßnahmen der WHO zur Prävention von und dem Schutz vor sexuellem Missbrauch sowie Strukturen zur Aufarbeitung von Verdachtsfällen. Hierzu gehören insbesondere der Aufbau bzw. die Verbesserung eines WHO-internen Netzwerks der Koordinatoren gegen sexuellen Missbrauch, verpflichtende Trainings für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, inklusive Beraterinnen und Berater, Klauseln gegen sexuellen Missbrauch in allen Verträgen und die enge Zusammenarbeit mit anderen Internationalen Organisationen.

16. Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, wie die WHO die Unabhängigkeit etwaiger interner Untersuchungen von sexuellem Missbrauch sicherstellt, und welche Prozesse aktiviert werden, sobald eine Meldung über ein sexuelles Fehlverhalten von Mitarbeitern in Entscheidungsgebieten vorliegt?

Wenn nein, warum nicht, und plant die Bundesregierung, dies in Erfahrung zu bringen?

Die oben beschriebene unabhängige Kommission arbeitet nach Kenntnissen der Bundesregierung unabhängig. Verdachtsfälle außerhalb des Mandats der Kommission werden durch das WHO-interne Aufsichtsgremium IOS („Internal Oversight Services“) in Zusammenarbeit mit dem VN-weiten IASC aufgearbeitet. Um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Betroffenen überall auf der Welt die Möglichkeit zu geben, Verdachtsfälle auch anonym zu melden, hat die WHO bereits vor mehreren Jahren die sogenannte Integrity Hotline eingerichtet.

